



Russlandanalysen

Inhalt

<i>Wahlkampf zur Russischen Staatsduma. Jens Siegert, Moskau</i>	2
<i>Die Wahrnehmung des Wahlkampfes in der Bevölkerung</i>	6
<i>Wie wichtig und wie sauber sind die Dumawahlen?</i>	6
<i>Politik in den Fernsehnachrichtensendungen im November 2003</i>	7
<i>Die letzten Meinungsumfragen vor der Wahl</i>	8
<i>Chronik vom 26. November bis 3. Dezember 2003</i>	10

Wahlkampf zur Russischen Staatsduma

Von Jens Siegert, Moskau

Zusammenfassung

Der Wahlkampf 2003 stand durchweg im Zeichen der Anstrengungen der Präsidentialadministration, dem Präsidenten in der Duma eine kontrollierbare Mehrheit zu verschaffen. Doch es gelang weder, einen alle Pro-Putin-Kräfte vereinigenden Wahlblock zu gründen, noch, zumindest bis kurz vor dem Wahltag, den Kommunisten in nennenswerter Zahl Wähler abzujagen. Unterdessen liefern sich die beiden demokratischen Parteien einen heftigen Wettbewerb um das kleine liberale Wählerkontingent, bei dem auch unsaubere Mittel eingesetzt werden. Die Wahlgesetzgebung, die u.a. Wahlwerbung zeitlich einschränkt und Staatsbeamte zwingt, sich für den Wahlkampf beurlauben zu lassen, wird von der Zentralen Wahlkommission durchaus einseitig ausgelegt – im Zweifel zugunsten der kremlnahen Partei „Einiges Russland“, die auch im Fernsehen bevorzugt wird.

Wahlkampf zur Russischen Staatsduma

Von Jens Siegert, Moskau

Vor-Vorwahlkampf

Der Wahlkampf zur 4. Russischen Staatsduma begann bereits im Herbst 2002 mit einer von der Präsidentialadministration initiierten Änderung des Wahlgesetzes. Die Änderungen hatten, wie das schon früher beschlossene neue Parteiengesetz, im Sinne der „lenkbaren Demokratie“ zwei Ziele: Sie sollten zum einen kleinere Parteien zwingen, sich zusammen zu schließen und so ein aus Kremlsicht berechenbareres und damit auch besser kontrollierbares Parlament schaffen. Zum zweiten hoffte man auf diese Weise die Chancen für die kremlnahe „Partei der Macht“ Jedinaja Rossija (Einiges Russland) zu verbessern. „Einiges Russland“ sollte auf jeden Fall stärker als die Kommunistische Partei Russlands (KPRF) werden und, falls nötig gemeinsam mit anderen von der Präsidentialadministration kontrollierbaren Parteien oder Wahlbündnissen, mindestens eine relative, besser noch eine absolute Mehrheit in der neuzuwählenden Duma erhalten.

Frühstart im Vorwahlkampf

Das Wahljahr begann dann im Spätwinter 2002/2003. In einer Art Frühstart griffen Pro-Putin-Parteien, allen voran „Einiges Russland“ die Kommunistische Partei (KPRF) an. Diese Angriffe waren nicht zufällig, sondern folgten der in der Präsidentialadministration formulierten Aufgabe, aus „Einiges Russland“ in der neuen Duma die größte Fraktion zu machen. Doch die Kampagne zeigte kaum Wirkung. Die Umfrageergebnisse veränderten sich bis zur Sommerpause kaum: weiterhin wechselten sich KPRF und „Einiges Russland“ an der Spitze der Ratings ab. Beide lagen – mit kleinen Abweichungen nach Umfragezeitpunkt und Meinungsforschungsinstitut – konstant zwischen 20 und 25 Prozent. Den dritten Platz belegte die rechtsradikale Schirinowskij-Partei LDPR mit 7 bis 10 Prozent, dahinter hielten sich die beiden demokratischen Parteien Jabloko und Union der Rechten Kräfte (SPS) stabil zwischen 4 und 6 Prozent.

Der vom damaligen Leiter der Präsidentialadministration, Alexander Woloschin, initiierte Versuch, die zentristischen Kräfte in der 3. Staatsduma („Einheit“, „Heimat“, „Russische Regionen“, „Volkspartei“) in einem Wahlblock zu vereinigen, scheiterte. Innerhalb der Kremladministration konnten sich die beiden Hauptgruppen, also die „ökonomischen Modernisierer“ oder „Jelzinfamilie“ um Woloschin auf der einen und den „Silowiki“ aus den „Machtministerien“, um seinem Stellvertreter Wiktor Iwanow auf der anderen Seite, nicht auf eine gemeinsame Strategie für die Wahlen einigen. Dabei dürfte die Frage,

wer die Kontrolle über die künftige „Partei der Macht“ erlangt, eine wesentliche Rolle gespielt haben. Mit Unterstützung der „Silowiki“ versagte die linksnationalistische „Volkspartei“ unter Gennadij Rajkow sich dem Vereinigungsprojekt und trat selbständig zu den Wahlen an. Doch weder ihr, noch den ideologisch ähnlich ausgerichteten und mit Kremlunterstützung operierenden Wahlblöcken des aus der kommunistischen Partei kommenden Dumavorsitzenden Gennadij Selesnjow (Block Selesnjow) und des populären Ökonomieprofessors Sergej Glasjew (Rodina) gelang ein nachhaltiger Einbruch in das Wählerpotential der KPRF. Umgekehrt zeigten Umfragen, dass sie sogar Wähler von „Einiges Russland“ abzogen.

Bis zur Sommerpause wurde also trotz erheblicher Anstrengungen auch unter Zuhilfenahme „administrativer Ressourcen“ keines der Ziele erreicht. Es gelang weder, einen einzigen, präsidententreuen Wahlblock um aufzubauen, noch in nennenswertem Umfang kommunistische Wähler abzuwerben. Im Herbst sprach sich der bis dahin zurückhaltende Präsident Putin öffentlich für die Wahl von „Einiges Russland“ aus. Mit der Verhaftung Michail Chodorkowskij Ende Oktober und der fast gleichzeitigen Aufdeckung einer Reihe von kriminellen Vereinigungen innerhalb der Sicherheitsorgane wurde versucht in großen Bevölkerungsteilen bestehende Ressentiments gegen die sogenannten Oligarchen zu mobilisieren. Gleichzeitig begann eine massive öffentliche Kampagne gegen die KPRF.

„Einiges Russland“ gegen Kommunisten

Die Versuche, durch linksnationalistische Neugründungen in das Wählerreservoir der KPRF vorzudringen, mussten im Herbst als weitgehend gescheitert gelten. Die Kommunisten blieben in Umfragen gleichauf mit „Einiges Russland“. Der Angriff auf die KPRF wurde aber fortgesetzt. Anfang November beschuldigte ein Abgeordneter aus der Dumafraktion von „Einiges Russland“ in einem Brief an die Generalstaatsanwaltschaft, den Chef des Konzerns „Rosagropromstroj“, Wiktor Widmanow, der auch auf der Liste der KPRF kandidiert, staatliche, seinem Konzern für Baumaßnahmen in ländlichen Gebieten überlassene Gelder veruntreut zu haben und damit den Wahlkampf seiner Partei zu finanzieren. Die Generalstaatsanwaltschaft leitete umgehend ein Ermittlungsverfahren ein. Zudem warf man Widmanow Kontakte mit dem im Londoner Exil lebenden Unternehmer Boris Beresowskij vor. Beresowskij, so Presse- und Fernsehberichte, gebe der

KPRF Geld für den Wahlkampf. In landesweit zur *prime time* ausgestrahlten Wahlkampfspots einer weitgehend unbekanntenen „Partei der Rentner – Partei der sozialen Gerechtigkeit“ wird eine Linie zwischen der KPRF, Beresowskij und tschetschenischen Terroristen gezogen, die Beresowskij angeblich ebenfalls finanziere.

Jabloko gegen SPS

Schwierig stellte sich auch die Lage der beiden demokratischen Parteien Jabloko und Union der Rechten Kräfte (SPS) dar. Gespräche über eine Vereinigung oder zumindest eine gemeinsame Liste zu den Wahlen waren spätestens im Sommer gescheitert. Laut Umfragen umfasst das gemeinsame, sich teilweise überschneidende Wählerpotential nicht mehr als 10 bis 12 Prozent. Die Chance, dass beiden Parteien der Sprung über die 5-Prozent-Hürde gelingt, ist demzufolge klein. In erster Linie die SPS begann daraufhin einen aggressiven Wahlkampf gegen Jabloko. Jabloko beschuldigte SPS sogenannte „schwarze Wahlwerbung“ zu finanzieren, wie beispielsweise im Spätsommer in der St. Petersburger Presse erscheinende Berichte über eine Aktion „Jabloko ohne Jawlinskij“. Diese angeblich von Jabloko-Anhängern initiierte Kampagne suggerierte, Jawlinskij sei aufgrund persönlicher Ambitionen Schuld daran, dass kein Wahlbündnis zustande gekommen war. Der dauerhaft schwelende

Konflikt spitzte sich nach der Verhaftung Chodorkowskij's Ende Oktober weiter zu. Anatolij Tschubais von SPS forderte Jabloko angesichts der, wie er sagte, „Gefahr einer totalitären Entwicklung“ ultimativ öffentlich auf, doch noch einem Wahlbündnis zuzustimmen, um eine Duma ohne liberale Fraktion zu verhindern. Jabloko wies dies als rein wahltaktischen Schritt zurück. Eine gemeinsame Liste war wegen abgelaufener Fristen rechtlich bereits nicht mehr möglich.

Zwei Tage vor der Verhaftung von Chodorkowskij durchsuchten Staatsanwälte und Mitarbeiter des Inlandsgeheimdienstes FSB die Räume einer PR-Agentur, die für den Chodorkowskij-Konzern JUKOS arbeitete, zugleich aber auch die Wahlkampagne von Jabloko konzipiert hatte. Dabei wurden Computer mit sämtlichen Wahlkampfunterlagen von Jabloko und der vollständigen Liste aller Wahlkampfbüros beschlagnahmt.

Die Zentrale Wahlkommission und die Verrenkungen der Wahlgesetzgebung

Der Zentralen Wahlkommission (ZIK) werden durch das Wahlgesetz weitreichende Vollmachten einräumt. Sie registriert nicht nur Kandidaten und Wahllisten und organisiert die Wahlen, sondern überwacht auch die Einhaltung der Wahlgesetzgebung. Ein großer Teil

„Auf die Partei ‚Einiges Russland‘ habe ich mich die ganzen vier Jahre gestützt, sie hat mich konsequent unterstützt“ – Aus dem Interview von Wladimir Putin für die russischen Fernsehsender „Perwyj kanal“, „Rossija“ und NTW

Moskau, 29.11.2003, RIA „Nowosti“
(...)

Frage: Wladimir Wladimirowitsch, Sie haben lediglich einen Parteikongress besucht, den von „Einiges Russland“. Damit haben Sie Ihre politischen Vorlieben deutlich kenntlich gemacht. Wieso unterstützen Sie diese politische Kraft so stark?

Putin: Als Staatsoberhaupt muss ich mit allen politischen Kräften zusammenarbeiten und arbeite mit allen politischen Kräften zusammen. Meine Beziehungen zu ihnen entwickeln sich recht positiv. Treffen finden regelmäßig mit den Aktivisten der einen oder anderen Partei statt sowie individuelle mit der Führung der Parteien, der politischen Bewegungen und der Staatsduma-Fraktionen. Diese Treffen tun sich dadurch hervor, dass bei ihnen recht offen verschiedene Fragen erörtert werden, die nicht immer, aber oft in Regierungsbeschlüssen, Empfehlungen gegenüber der Regierung und anderen Machtorganen münden, in Gesetzentwürfen und den Gesetzen, die später angenommen werden, münden.

Was die Partei „Einiges Russland“ betrifft, so kann ich sagen, dass ich kein Mitglied dieser Partei bin. Aber das ist eben die politische Kraft, auf die ich mich im Laufe der ganzen vier Jahre gestützt habe und die mich konsequent unterstützt hat. Ich bin absolut überzeugt, wenn wir von einem Gleichgewicht der politischen Kräfte in der Staatsduma, der jetzigen Staatsduma sprechen, das uns ermöglicht hat, bestimmte Ergebnisse in der Arbeit des Parlaments zu erzielen, so wurde diese positive Balance eben dank der Position der zentristischen Parteien und vor allem der Position von „Einiges Russland“ gefunden.

Wissen Sie, Leben und Glück - das ist heute, und alle möchten solche Beschlüsse fassen, die sich wohltuend auf unser heutiges Leben auswirken. Es ist sehr schwierig, verantwortliche Beschlüsse zur Entwicklung unseres Staates zu fassen, die für die Zukunft gedacht sind. Aber eben darauf zielt der größte Teil der Gesetze ab, die das Parlament fasst.

Der Partei „Einiges Russland“ ist es gelungen, nicht zum Populismus abzugleiten, sondern verantwortliche Beschlüsse zu fassen, Verantwortung zu übernehmen. Und ich habe den Kongress der Partei „Einiges Russland“ tatsächlich nur ausschließlich dafür aufgesucht, um mich für die gemeinsame Arbeit zu bedanken. Ich bin der Meinung, dass ich dieses Recht habe.

(...) (lr)

(Übersetzung nach: DW-Monitor Ost- / Südosteuropa <www.dw-world.de/monitor>)

der darin niedergelegten Regeln ist jedoch sehr ungenau formuliert und daher weit interpretierbar. So durften die Kandidaten mit ihrer Wahlwerbung nicht eher als einen Monat vor dem Wahltermin beginnen. Doch es ist praktisch unmöglich, zu entscheiden, wann eine Äußerung zu aktuellen politischen Fragen eine Wahlwerbung darstellt und wann nicht. Dies führte zu zahlreichen Anzeigen und Klagen. Der Auftritt von Präsident Putin auf dem Parteitag von „Einiges Russland“ im September blieb dagegen ohne Rüge, obwohl Putin sich in einem Grußwort dazu bekannte, vor vier Jahren für Jedinstwo gestimmt zu haben und seine Wahl nicht zu bereuen (siehe dazu auch das Putin-Interview Ende November auf Seite 3). Eine Klage gegen Putin wies das Oberste Gericht Ende November mit Hinweis auf die Immunität des Präsidenten ab.

Absurd erscheinen auch die Verrenkungen, zu der die vier Spitzenkandidaten von „Einiges Russland“ gezwungen werden, um der Wahlgesetzgebung Genüge zu tun. Alle vier Politiker, Innenminister Boris Gyslow, Katastrophenschutzminister Sergej Schoigu, Moskaus Bürgermeister Jurij Luschkow und der tatarische Präsident Mintemir Schaimijew, mussten als Staatsbeamte, so will es das Gesetz, für den Wahlkampf „Urlaub“ nehmen. Eigentlich soll auf diese Weise verhindert werden, dass Beamte „administrative Ressourcen“ im Wahlkampf nutzen. Die Vorschrift hielt Gyslow aber keineswegs davon ab, am offiziellen „Tag der Milizionäre“ neben Präsident Putin als Redner aufzutreten und sich als Kämpfer gegen Korruption in den Reihen der Miliz feiern zu lassen.

Ähnliches ließe sich auch über seine Kandidatenkollegen berichten. Gyslow, Schoigu und Schaimijew wollen, wie im übrigen auch Luschkow, ihr Abgeordnetenmandat nicht antreten und auf ihrem bisherigen Posten bleiben. Luschkow kandidiert bei den am gleichen Tag stattfindenden Moskauer Bürgermeisterwahlen.

Die Wahlen im Fernsehen: Werbespots und Livedebatten

Nach dem Gesetz muss allen zur Wahl zugelassenen Parteien und Wahlbündnissen zu gleichen Bedingungen kostenlose und bezahlte Sendezeit zur Verfügung gestellt werden. In einer Auslosung wurde am 4. November die kostenlose Sendezeit verteilt. Die drei staatlich kontrollierten, landesweit empfangbaren Fernsehsender senden täglich eine Stunde Live-Debatten und Wahlwerbespots.

„Einiges Russland“ verzichtete jedoch auf die Teilnahme an diesen Livediskussionen. Ihr Spitzenkandidat, Innenminister Gyslow, begründete diese Weigerung damit, dass sich „ein Fußballclub aus der ersten Liga“ ja auch nicht im Wettbewerb mit „Drittligavereinen“ messe. Diese Arroganz ist offensichtlich wohlbedacht. In einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts VZIOM-A rund zwei Wochen vor dem Wahltermin landete „Einiges Russland“ bei der Frage, welche Partei sich in diesen Debatten am besten schlage, mit rund 30 Prozent auf dem ersten Platz – wohlgemerkt ohne teilgenommen zu haben. Doch so sehr gerirrt haben sich die

NOWAJA GAZETA, 27.11.2003

Wir veröffentlichen die Endergebnisse der Wahlen in die Staatsduma der Russischen Föderation, die am 7. Dezember 2003 stattfinden werden.

Wie wir aus gut informierten Quellen der Präsidentenadministration und des Föderalen Schutzdienstes erfahren haben, dessen Mitarbeiter unter anderem auch für das Funktionieren des Systems der elektronischen Stimmenauszählung „GAS-Wahlen“ zuständig sind, wird die Stimmenaufteilung wie folgt aussehen (...):

„Einiges Russland“ – 40 bis 43 Prozent

KPRF – 12 bis 15 Prozent

LDPR – 7 bis 9 Prozent

Union der Rechten Kräfte – 5,5 bis 7 Prozent

„Jabloko“ – 5 bis 6 Prozent

„Heimat“ – 5 bis 6 Prozent.

Die selben Quellen teilten uns in einem Privatgespräch mit, dass die wichtigsten „Geber-Parteien“ (denen Stimmen „weggenommen werden“) die KPRF (deren realer Prozentsatz bei 30 bis 35 Prozent liegt), der Union der Rechten Kräfte (real 8 bis 12 Prozent) und „Jabloko“ (real 8 bis 12 Prozent) seien. Die „organisierten Fehler“, die sich die Wahlkommissionen erlauben könnten, würden sehr von der Region abhängen. In Moskau und Sankt Petersburg könne man den richtigen Kandidaten und Parteien mit Hilfe verschiedener Manipulationen 2 bis 2,5 Prozent hinzuschreiben. In Tatarstan, Baschkortostan und Tschetschenien bis zu 30 oder 40 Prozent, in den übrigen Regionen Russlands im Durchschnitt bis zu 12 Prozent. (lr)

(Übersetzung nach: DW-Monitor Ost- / Südosteuropa <www.dw-world.de/monitor>)

Befragten nicht. Politiker von „Einiges Russland“ sind in den staatlich kontrollierten Kanälen auch außerhalb der Wahlwerbezeiten ständig präsent. Die OSZE-Wahlbeobachtermission drückte in ihrem zweiten Zwischenbericht ihre Besorgnis über „ungleiche Möglichkeiten“ der Wahlbewerber aus. Es gäbe bestätigte Berichte für die Nutzung „administrativer Ressourcen“ durch „Einiges Russland“. Zudem rügte die Mission, dass „Einiges Russland“ und andere die Politik des Präsidenten unterstützende Parteien in den staatlich kontrollierten Massenmedien bevorzugt werden“. Nur die drei Staatskanäle sind aber landesweit zu empfangen.

Aufrufe zum Wahlboykott...

Das Interesse der Bevölkerung an den Wahlen ist eher gering. Nach den Umfrageergebnissen wird die Wahlbeteiligung aber trotzdem zwischen 50 und 60 Prozent liegen, also weit höher als bei verschiedenen Regionalwahlen früher in diesem Jahr. Mit zwischen 6 und 10 Prozent ist der Anteil derjenigen, die „gegen alle“ stimmen wollen recht hoch. In zahlreichen Regionen haben sich, meist auf Nachbarschaft- oder Stadtteilsebene Wahlboykottinitiativen gebildet. Deren Forderungen beziehen sich zumeist auf grundlegende Probleme wie nicht gezahlte Löhne, abgeschalteten Strom oder ungeheizte Wohnungen. Trotz des verständlichen Medieninteresses dürften die Auswirkungen dieser Initiativen auf den Wahlausgang aber gering bleiben.

... und die Prognose einer Wahlfälschung?

Das Meinungsforschungsinstitut VZIOM-A führte drei Wochen vor dem Wahltermin in drei ausgewählten Städten eine „Probewahl“ durch. Das Ergebnis

erstaunte, weil es stark von den bisherigen Umfrageergebnissen abwich. Jedinaja Rossija kam auf über 30 Prozent, die KPRF sank auf unter 15. Die LDPR erhielt 8, SPS 6, Jabloko und, neu, das linksnationalistische Wahlbündnis Rodina rund 5 Prozent. Genau dieses Ergebnis, so behauptet die liberale Wochenzeitung „Nowaja Gaseta“, habe die Präsidentschaft in Auftrag gegeben. In Moskau und St. Petersburg, so der Artikel, sei es möglich, die tatsächlichen Ergebnisse um 2-2,5% manipulieren. In einigen praktisch autoritär geführten Republiken wie Tatarstan, Baschkirien oder Tschetschenien liege die Spanne bei bis zu 40% der Stimmen. Die Zentrale Wahlkommission hat die Generalstaatsanwaltschaft aufgefordert, zu untersuchen, ob derartige Wahlmanipulationen tatsächlich geplant seien. (sich dazu den Auszug aus dem Zeitungsartikel auf Seite 4)

Die Präsidentenwahlen in Tschetschenien Anfang Oktober mit ihren gut dokumentierten Manipulationen haben gezeigt, wie bei einer Wahl in Russland heute, wenn auch dort unter extremen Bedingungen, das „wünschbare“ Resultat zu erzielen ist. Die Methoden bei der Dumawahl sind feiner und zumindest in den europäischen Zentren weniger direkt. Aber auch ohne zentral in Auftrag gegebene und gesteuerte Wahlmanipulationen zu unterstellen, kann von einer freien und vor allem gleichen Dumawahl leider nicht die Rede sein.

Redaktion: Hans-Henning Schröder

Über den Autoren

Jens Siegert ist Diplompolitologe und Leiter des Länderbüros Russland der Heinrich Böll Stiftung in Moskau, wo er vorher als Korrespondent deutscher Zeitungen tätig war.

Lesetipps

Aktuelle Berichterstattung und Analysen zum Wahlkampf (in Deutsch): www.russlandonline.ru

Bericht über die Wahlbeobachtungsmission der OSZE (in Englisch): www.osce.org/odihr/elections/field_activities/2003russia/

Informationen zu den Parteien und Wahlbündnissen (in Englisch): www.carnegie.ru/en/topic/election_s2.htm

Die Wahrnehmung des Wahlkampfs in der Bevölkerung

<i>Das Interesse an Wahlwerbung und Fernsehdebatten (13.–16. November 2003)</i>	
<i>Interessiert Sie die Wahlwerbung (Plakate, Flugblätter, Kandidatenauftritte, Debatten)</i>	
Sehr	6%
In gewissem Maße	23%
Nicht besonders	28%
Überhaupt nicht	42%
Weiß nicht	1%
	100%
<i>Schauen Sie sich die Fernsehdebatten zwischen den Parteivertretern an?</i>	
Regelmäßig	12%
Von Zeit zu Zeit	31%
Selten	26%
Überhaupt nicht	31%
	100%

Zusammengestellt nach Angaben des VCIOM-A <www.vciom-a.ru>

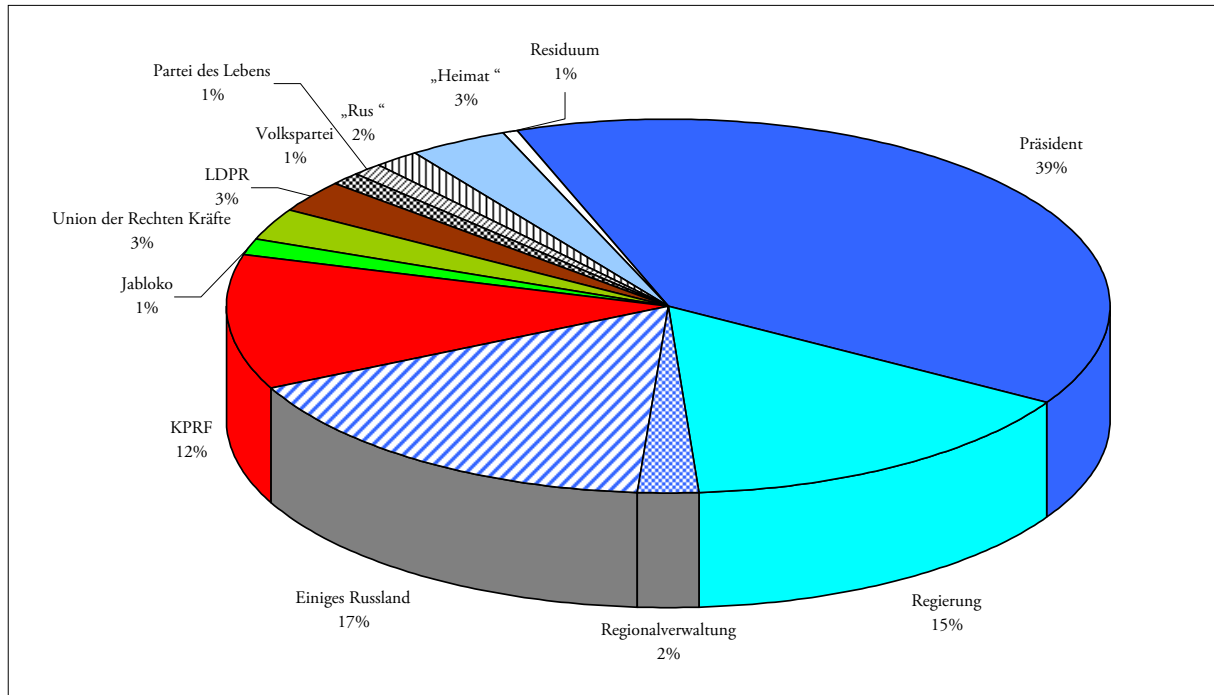
Wie wichtig und wie sauber sind die Dumawahlen?

<i>Einstellung zu den Dumawahlen, November 2003</i>		
	10.–14. Oktober	13.–16. November
<i>Interessieren Sie die Dumawahlen in diesem Jahr?</i>		
Ja, eher ja	48%	53%
Nein, eher nein	49%	44%
Weiß nicht	3%	3%
	100%	100%
<i>Was meinen Sie, werden die Dumawahlen in diesem Jahr Ihr Leben und das Ihrer Umgebung zum Besseren ändern?</i>		
Ja, eher ja	21%	28%
Nein, eher nein	70%	63%
Weiß nicht	9%	9%
	100%	100%
<i>Was meinen Sie, werden die Dumawahlen in diesem Jahr ...</i>		
im Großen und Ganzen ehrlich, gesetzesgemäß sein	17%	23%
Eher „schmutzig“ sein (mit Verleumdung, Druck auf Wähler, Manipulation mit Stimmzetteln usw.)	59%	54%
Weiß nicht	24%	23%
	100%	100%

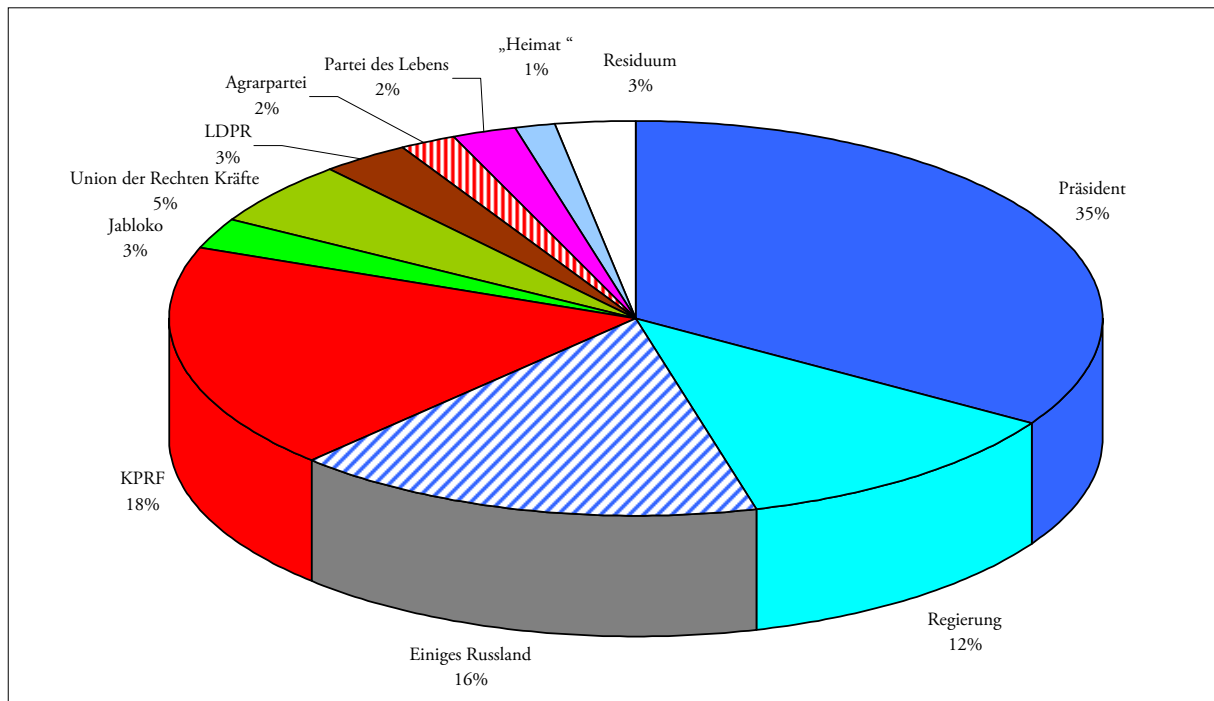
Zusammengestellt nach Angaben des VCIOM-A <www.vciom-a.ru>

Politik in den Fernsehnachrichtensendungen im November 2003

Fernsehberichterstattung „Erster Kanal“: Anteile an den Nachrichtensendungen zur Hauptsendezeit (7.11.–21.11.2003)



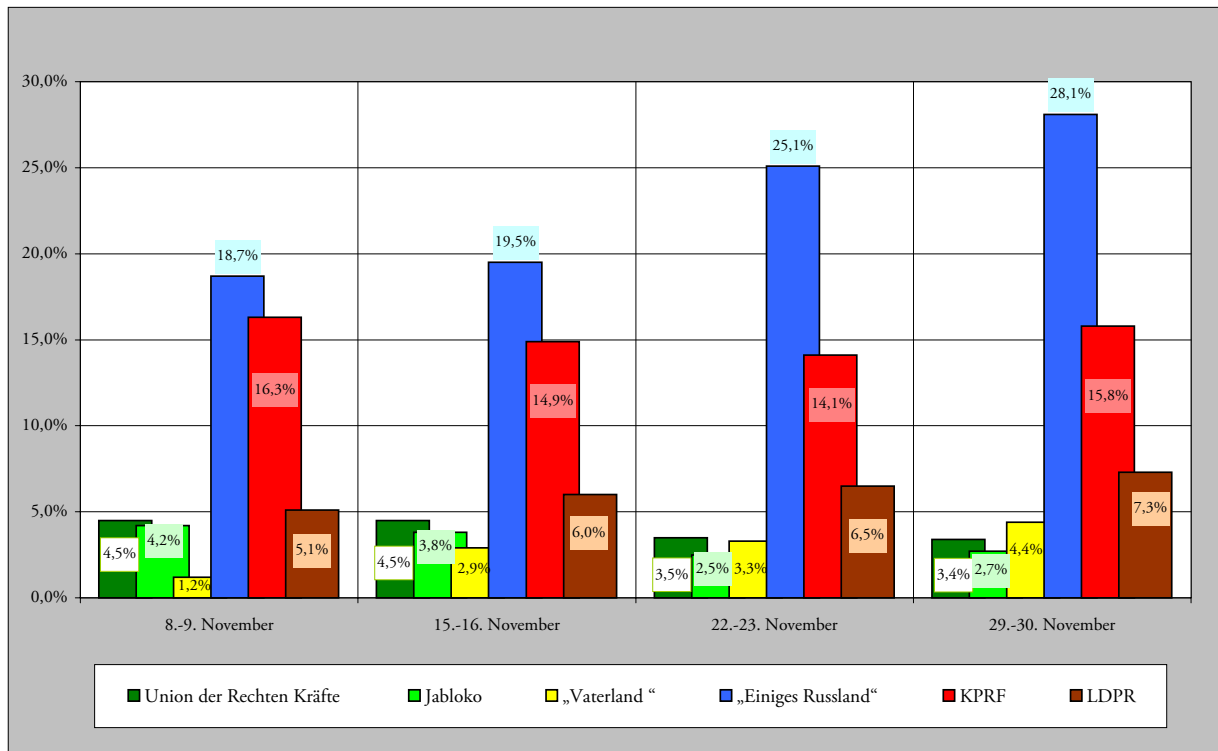
Fernsehberichterstattung „Kanal Rossija“: Anteile an den Nachrichtensendungen zur Hauptsendezeit (7.11.–21.11.2003)



Nach Angaben der OSCE/ODIHR Election Observation Mission, Interim Report 2
< www.osce.org/odihr/elections/field_activities/2003russia/ >

Die letzten Meinungsumfragen vor der Wahl

Wenn nächsten Sonntag Wahlen wären, für welche Partei würden Sie stimmen?
(Erhebung der „Stiftung Öffentliche Meinung“, November 2003)



Angaben der „Stiftung Öffentliche Meinung“ <www.fom.ru/>

Das Wahlgesetz schreibt vor, daß eine Woche vor dem Wahltermin keine Wahlprognosen mehr veröffentlicht werden dürfen. Die „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM) publizierte die Ergebnisse ihrer letzten Erhebung am 1. Dezember. Danach bleiben die liberalen Parteien „Jabloko“ und „Union der Rechten Kräfte“ unter der 5-Prozent-Grenze und werden von der Wahlvereinigung „Heimat“ überholt, die auf Anregung der Umgebung des Präsidenten gegründet worden ist, um KPRF-Stimmen abzuziehen. Nach Erhebungen des FOM liegt die KPRF deutlich hinter „Einiges Russland“, das in drei Wochen angeblich 10% Stimmen hinzugewonnen hat.

Vergleicht man die Ergebnisse der Meinungsumfragen des Allrussischen Meinungsforschungsinstituts (VCIOM-A) und die der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM), stellt man ganz erhebliche Unterschiede fest. Das VCIOM sieht die liberalen Parteien über der 5-Prozent-Grenze und prognostiziert ein weit besseres Ergebnis für die Kommunistische Partei.

Wahlprognosen des Allrussischen Meinungsforschungsinstituts (VCIOM-A) und der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM), November 2003

(Letzte veröffentlichte Prognosen vor der Wahl)

Nr.	Parteibezeichnung	VCIOM	FOM	
		15.–16. November	15.–16. November	29.–30. November
1	Konzeptuelle Partei „Vereinigung“	<1%	0,5%	0,4%
2	<i>Union der Rechten Kräfte (SPS)</i>	6%	4,5%	3,4%
3	Wahlblock „Russische Partei der Pensionäre und Partei der sozialen Gerechtigkeit“	2%	1,4%	1,5%
4	<i>Jabloko</i>	6%	3,8%	2,7%
5	„Für die heilige Rus“	<1%	0,1%	0,2%
6	Vereinigte Russische Partei „Rus“	<1%	0,0%	0,1%
7	Wahlblock „Neuer Kurs – Automobilisten Russlands“	<1%	0,4%	0,3%
8	Volksrepublikanische Partei Russland	<1%	0,1%	0,0%
9	Russische ökologische Partei „Die Grünen“	<1%	0,2%	0,2%
10	Agrarpartei Russlands	2%	1,8%	2,4%
11	„Wahre Patrioten Russlands“	0%	0,1%	0,0%
12	Volkspartei der Russischen Föderation	1%	0,5%	0,5%
13	Demokratische Partei Russlands	<1%	0,1%	0,1%
14	Wahlblock „Großrussland – Eurasische Union“	0%	0,1%	0,1%
15	Union der Menschen für Bildung und Wissenschaft	0%	0,2%	0,0%
16	<i>Wahlblock „Heimat“ (volkspatriotische Union)</i>	3%	2,9%	4,4%
17	Russische politische Partei für Frieden und Einheit	0%	0,1%	0,1%
18	<i>Liberaldemokratische Partei Russlands (LDPR)</i>	8%	6,0%	7,3%
19	Wahlblock „Partei der Wiedergeburt Russlands – russische Partei des Lebens“	<1%	0,4%	1,1%
20	<i>Einiges Russland</i>	29%	19,5%	28,1%
21	Russische Konstitutionell-demokratische Partei	<1%	0,0%	0,1%
22	Entwicklung des Unternehmertums	1%	0,2%	0,2%
23	<i>Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF)</i>	23%	14,9%	15,8%
	Gegen alle	5%	5,7%	5,0%
	Weiß nicht, unentschieden	14%	24,1%	18,3%
	Werde nicht teilnehmen	Entfällt	12,2%	7,9%
			99,8%	100,2%

Angaben des VCIOM <www.vciom-a.ru> und des FOM <www.fom.ru>. Die VCIOM-Daten beziehen sich nur auf Personen, die an der Wahl teilnehmen wollen.

Chronik vom 25. November bis zum 3. Dezember 2003

25.11.2003	Die Tageszeitungen „Izwestija“ und „Financial Times“ melden, dass die Präsidialverwaltung am Telefonsystem Reparaturen durchführen lässt und daher die Direktverbindungen zwischen Kreml und 28 verschiedenen Großunternehmen zeitweise unterbrochen ist.
26.11.2003	Außenminister Igor Iwanow besucht Warschau.
27.11.2003	In einem Interview mit den Fernsehsendern ORT, RTR und NTV lobt Präsident Putin die Partei „Einiges Russland“. Sie sei in den letzten vier Jahren eine verlässliche Stütze gewesen.
27.–29.11.2003	Eduard Kokojta, der Präsident der Republik Südossetien, der abchasische Premierminister Raul Chadschimba, und der Präsident der Republik Adscharien, Aslan Abaschidse, führen in Moskau mit dem russischen Außenminister Igor Iwanow Gespräche über die Lage in Georgien. Die drei Regionen sehen ihre Position in Georgien durch die neue Führung bedroht.
28.11.2003	Der Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission (ZIK), Alexander Weschnjakow, beauftragt die Staatsanwaltschaft, Vorwürfe über eine geplante Wahlfälschung zu untersuchen, die die Zeitung „Nowaja gazeta“ am 27.11.2003 erhoben hat. Die „Nowaja gazeta“ hatte behauptet, dass das Endergebnis der Wahlen bereits feststehe, und dass „Einiges Russland“ 40–43% der Stimmen erhalten solle. Die Zeitung unterstellt, die Manipulation werde im GAS Vybery, dem Wahlinformationssystem des ZIK, vorgenommen werden.
28.11.2003	Auf der letzten Sitzung in der Legislaturperiode verabschiedet die Duma den Staatshaushalt 2004 in letzter Lesung. Die Ausgaben werden mit 2,66 Mrd. Rubel (ca. 89,24 Mrd. US\$) angesetzt. Der projektierte Budgetüberschuss beträgt 2,8 Mrd. US\$.
29.11.2003	In Moskau wird eine Gruppe von ausländischen Studenten der Universität für Völkerfreundschaft von 30 Skinheads überfallen. Fünf Jamaikaner und ein Kolumbianer werden schwer verletzt.
30.11.2003	Putin trifft den armenischen Präsidenten Robert Kotscharijan informell in St. Petersburg. Die beiden Staatsoberhäupter erörtern Wirtschaftsfragen und Lösungsmöglichkeiten für den Karabachkonflikt.
1.12.2003	Das Mineralölunternehmen Sibneft teilt mit, dass der angestrebte Zusammenschluss von Sibneft und Jukos vorläufig nicht vollzogen wird.
1.12.2003	Nach einer Sitzung des NATO-Russland-Rates teilt Verteidigungsminister Sergej Iwanow mit, dass Russland und die NATO ihre Zusammenarbeit 2004 erheblich ausbauen werden. Insgesamt sind über 100 gemeinsame militärische Aktivitäten geplant, ferner ein erweiterter Informationsaustausch der Nachrichtendienste.
1.12.2003	Letzter Termin für die Veröffentlichung der Ergebnisse von Meinungsumfragen bezüglich der Dumawahl am 7. Dezember.
1.12.2003	Die OSZE-Beobachtermission veröffentlicht einen Bericht, der das staatliche russische Fernsehen wegen einseitiger Unterstützung der Partei „Einiges Russland“ kritisiert.
2.12.2003	Der Finanzmagnat trifft am späten Abend unter falschem Namen in Tbilisi ein. Nach einem Treffen mit dem georgischen Unternehmer Badri Patarkazischvili reist er am frühen Morgen des 3.12. nach London zurück.
2.12.2003	Putin kritisiert vor führenden Industriellen aus Russland und aus EU-Ländern die Haltung der Europäischen Union zum russischen WTO-Beitritt. Die EU hatte insbesondere eine Erhöhung der russischen Energiepreise auf dem Binnenmarkt gefordert.
2.12.2003	In Tjumen wird der Wahlkampfstab der „Union der Rechten Kräfte“ von Miliz besetzt und durchsucht mit der Begründung, in dem Gebäude würden „Verbrechen begangen“. Nach erfolgloser Durchsuchung zieht sich die Miliz zurück.
3.12.2003	Ministerpräsident Kasjanow unterzeichnet einen Erlass, der die Quote für zollfreie Importe von 1.000 auf 2.000 US\$ erhöht. Damit wird der Spielraum für den grenzüberschreitenden Kleinhandel erweitert, durch alljährlich den Konsumgüter in Höhe von etwa 10 Mrd. US\$ ins Land gelangen.

Die Russlandanalysen werden gemeinsam von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde und der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wider.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit dem Herausgeber gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann

© 2003 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de>